

Umweltkrimi am Krunkelbach : Uranabbau Menzenschwand

Seit nunmehr fast 30 Jahren wird das Uranvorkommen in Menzenschwand im Südschwarzwald erkundet und abgebaut. Trotzdem ist bis heute immer noch keine Abbau-Bewilligung für dieses Uranvorkommen erteilt worden. Dieses Informationsblatt schildert die Hintergründe. Da der Menzenschwander Uranabbau nicht isoliert betrachtet werden kann, wird anschließend auch ein Überblick über andere Uranabbau-Standorte im In- und Ausland gegeben.

Uranabbau Menzenschwand : Übersicht 1957 - 1989

1957 : Entdeckung des Uranvorkommens im Krunkelbachtal bei Menzenschwand.

1961 : Die Bergbaufirma Gewerkschaft Brunhilde (Sitz Uetze/Hannover) beginnt mit den Arbeiten zur Untersuchung des Vorkommens im Rahmen eines Schürfvertrages mit dem Land Baden Württemberg. Es werden zwei Stollen in den Berg getrieben. Da das Untersuchungsgebiet im Naturschutzgebiet Feldberg liegt, wird eine Ausnahmegenehmigung für die Arbeiten erteilt.

1963 : Nachdem bei den Schürfarbeiten eine Trinkwasserquelle von Menzenschwand versiegt, werden weitere Arbeiten untersagt. In den folgenden zehn Jahren ruhen die bergmännischen Arbeiten.

1971 : Gründung einer Kurbetrieb Menzenschwand GmbH, um ein sogenanntes "Radon-Heilbad von hoher Exklusivität" zu errichten.

1973 : Gewerkschaft Brunhilde erhält den Auftrag, 20 000 t Erz abzubauen, um im Berg Hohlräume zur Sammlung von Radon gas für das Radonbad zu schaffen.

1974 : Die zuständigen Behörden lehnen den Bau des Radonbades ab.

1975 : Gewerkschaft Brunhilde erhält eine Schürfkonzession zur weiteren Untersuchung des Uranvorkommens. Zur Verfolgung des Erzgangs in die Tiefe wird ein Blindschacht angelegt (Tiefe heute über 240 m), von dem aus alle 30 m Stollen vorgetrieben werden.

Das bei den Arbeiten anfallende Uranerz wird zur ebenfalls von der Gewerkschaft Brunhilde betriebenen Urantanlage Ellweiler in Rheinland Pfalz transportiert und dort aufbereitet.

Der Urangehalt des Erzes erreicht bis zu 1 %, was für europäische Verhältnisse ein hoher Wert ist. Aufgrund der Untersuchungsarbeiten werden die sicheren Vorräte mit 1500 t Uraninhalt angegeben und die wahrscheinlichen Vorräte auf 5000 t Uraninhalt geschätzt. In Menzenschwand und Ellweiler sind jeweils etwa 25 Personen beschäftigt.

1982 : Drei Tage nach Inkrafttreten des neuen Bundesberggesetzes beantragt Gewerkschaft Brunhilde eine Bewilligung zum regulären Abbau von Uran. Vorgesehene Förderung : 10 000 t Erz jährlich auf 50 Jahre. Daraus können jährlich 70 bis 100 t Uran hergestellt werden, der halbe Jahresbedarf eines Atomkraftwerks vom Typ Biblis.

1983 : Das Land lehnt einen Abbau ab, da er mit den Interessen von Naturschutz und Fremdenverkehr kollidiere. Außerdem solle das Uran als Reserve für Notzeiten im Boden bleiben ("In-Situ-Konzept"). Gegen diese Entscheidung geht Gewerkschaft Brunhilde gerichtlich vor.

1984 : Das Verwaltungsgericht Freiburg bestätigt das Land in seiner Ablehnung des Abbaus. Grund ist die Lage des Bergwerks im Naturschutzgebiet Feldberg.

Bei diesem Verfahren können die anerkannten Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Aktionsgemeinschaft Natur- und Umweltschutz Baden Württemberg (ANU) als Beigeladene teilnehmen und ihre Position gegen den Abbau einbringen. Gewerkschaft Brunhilde legt gegen das Urteil Berufung ein.

1988 : Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim befürwortet den Antrag auf Abbau, da bei einem Nicht-Abbau das Bergwerk absaure und das Uranvorkommen verloren sei. Die Rohstoffsicherungsklausel des Berggesetzes schreibe aber vor, daß in einem solchen Fall die Naturschutzinteressen hinten an zu stehen haben. Für dieses Verfahren hat das Bundesgesundheitsamt ein Gutachten zu den Strahlengefahren erstellt, die von dem Uranabbau ausgehen. Im Grundsatz verneint das Gutachten eine Gefahr für die Bevölkerung, zeigt aber einige Probleme auf, die zu der Forderung führen, die Abwasserreinigung des Bergwerks zu verbessern. Eine kritische Betrachtung des Gutachtens deckt jedoch besorgniserregende Strahlengefahren auf (siehe dazu auch Faltblatt Nr.6 aus dieser Reihe : "Strahlengefahr am Krunkelbach").

Die Stadt St. Blasien (von der Menzenschwand eingemeindet wurde) und das Land Baden Württemberg legen Revision beim Bundesverwaltungsgericht Berlin ein.

Während der Gerichtsverfahren wurde die Schürfkonzession von 1975 mehrfach verlängert. Mittlerweile ist auch die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung der Grubenabwässer in den Krunkelbach abgelaufen. Diese wurde vom Landratsamt Waldshut nicht verlängert, da die Abwasserreinigung nicht den Anforderungen genüge. Gegen diesen Entscheid hat

Gewerkschaft Brunhilde ein zweites Gerichtsverfahren vor dem Verwaltungsgericht Freiburg eingeleitet. Während des Verfahrens wird die nun illegale Abwassereinleitung von den Behörden geduldet, da sie Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe fürchten.

1988/89 : Das Umweltministerium von Rheinland Pfalz stellt fest, daß Gewerkschaft Brunhilde nicht alle erforderlichen Genehmigungen für den Betrieb der Urananlage Ellweiler besitzt. Es ordnet daher eine "aufschiebend bedingte Stilllegung" an, das heißt, die Anlage wird stillgelegt, wenn nicht zu festgelegten Terminen die nötigen Unterlagen eingereicht werden.

Auch in dieser Sache hat Gewerkschaft Brunhilde mittlerweile mehrere Gerichtsverfahren angestrengt.

Da die Urananlage Ellweiler die einzige ihrer Art in der Bundesrepublik ist, würde eine Stilllegung wahrscheinlich auch das Aus für den Uranabbau in Menzenschwand bedeuten : Das Erz könnte nicht mehr weiterverarbeitet werden.

Die größte Gefährdung geht in Ellweiler von den Rückständen aus der Uranerzverarbeitung aus; sie werden auf offenen Halden gelagert und geben über Hunderttausende von Jahren Strahlung ab. (Siehe dazu auch Faltblatt Nr.5 aus dieser Reihe : "Uranabbau-Halden : Die unterschätzte Gefahr")

Die entscheidende Phase in Menzenschwand : 1982 / 1983

Die Zeit von der Stellung des Antrages auf Abbau des Menzenschwander Uranvorkommens bis zu dessen Ablehnung wird hier noch einmal ausführlicher dargestellt :

1.1.82 : Das Bundesberggesetz tritt in Kraft. Es sichert demjenigen, der ein Rohstoffvorkommen gefunden und erforscht hat, den Anspruch auf eine Bewilligung zum Abbau zu. Diese kann nur bei Vorliegen eng eingrenzter Versagungsgründe verweigert werden.

4.1.82 : Gewerkschaft Brunhilde beantragt den Abbau des Uranvorkommens Krunkelbach bei Menzenschwand. Die beantragte Menge (10 000 t Erz jährlich bei Urangehalt von 0,7 bis 1 %) liegt nur geringfügig über der bisher bei der Schürfung jährlich geförderten Erzmenge. Mit dem Verkauf des geförderten Urans soll die weitere Untersuchung des Vorkommens finanziert werden.

April 82 : Die Landesregierung Baden Württemberg signalisiert ihre Zustimmung zum Antrag auf Abbau. Die Entscheidung soll Anfang Juli fallen.

Schwarzwaldverein und Bund für Umwelt und

Naturschutz Deutschland (BUND) sprechen sich gegen den Uranabbau im Naturschutzgebiet Feldberg aus.

Juni 82 : Der Stadtrat St. Blasien spricht sich gegen den Uranabbau aus wegen befürchteter Auswirkungen auf den Fremdenverkehr, der für den Teilort Menzenschwand der wichtigste Wirtschaftszweig ist.

14.6.82 : Die Bürgerinitiative (BI) gegen Uranabbau im Südschwarzwald wird gegründet und führt in der Folgezeit eine Vielzahl von Veranstaltungen durch.

Juni 82 : Der Kreistag Waldshut spricht sich gegen den Uranabbau aus. Gründe : Sorge um den Fremdenverkehr und mangelnde energiewirtschaftliche Notwendigkeit.

Die ablehnenden Stellungnahmen von Stadt und Kreistag verzögern die Entscheidung des Landes.

August 82 : Die BI veröffentlicht Ergebnisse von ihrer initiierten Strahlungsmessungen der Landesanstalt für Umweltschutz von Ablagerungen im Krunkelbach. Diese Werte sind bis zu 1000 mal höher, als in früheren Gutachten festgestellt (siehe dazu auch Faltblatt Nr.6 aus dieser Reihe : "Strahlengefahr am Krunkelbach").

23.9.82 : Bürgerversammlung in Menzenschwand. Es sind fast alle Menzenschwander Familien vertreten. Trotz eines starken Aufgebots von auswärtigen Fachleuten und Behördenvertretern sprechen sich die Bürger einstimmig (!) gegen den Abbau aus.

9.10.82 : Demonstration mit 1000 Teilnehmern in der Kreisstadt Waldshut gegen Uranabbau und Atomkraftwerke an der Schweizer Grenze.

Oktober 82 : Die BI hat über 4000 Unterschriften gegen den Uranabbau gesammelt.

November 82 : Erste Anzeichen für einen Rückzieher der Landesregierung : Sie will

nur noch einen "eingeschränkten Abbau" genehmigen.

17.1.83 : Podiumsdiskussion der BI mit Vertretern der im Landtag vertretenen Parteien. Der CDU-Abgeordnete des Wahlkreises, Wirtschaftsminister Eberle, läßt sich von einem Beamten seines Ministeriums vertreten.

Februar 83 : Die Landesregierung hält den Uranabbau für nicht erforderlich.

April 83 : Landesregierung und Landtagsfraktionen sind sich einig, daß das Uran vorerst nicht abgebaut werden soll.

Juni 83 : Die Landesregierung lehnt den Antrag von Gewerkschaft Brunhilde auf Abbau ab. Gegen diesen Entscheid legt Gewerkschaft Brunhilde Widerspruch ein und erhebt schließlich Klage vor dem Verwaltungsgericht Freiburg. Damit beginnt ein Rechtsstreit, der bis heute (April 89) noch zu keinem Abschluß gekommen ist.

Andere Uranabbau-Standorte in der Bundesrepublik

Menzenschwand ist nicht das einzige Uranvorkommen in der Bundesrepublik. Es wurden in fast allen Mittelgebirgen Uranvererzungen entdeckt, als abbauwürdig gelten jedoch nur wenige von ihnen.

● Baden-Baden / Gernsbach

Am Rand des Nordschwarzwalds wurde zwischen Baden-Baden und Gernsbach ein Uranvorkommen entdeckt und seit 1973 mit Hilfe von Bohrungen und Untersuchungsstollen erkundet. Die sicher nachgewiesenen Uranvorräte betragen 3000 t, weitere gelten als wahrscheinlich. Der Urangehalt im Erz beträgt mit 0,2 % allerdings nur etwa ein Viertel von dem in Menzenschwand. Bei einem Abbau müssen hier also viel größere Mengen an Gestein bewegt und aufbereitet werden, um dieselbe Menge Uran zu erhalten. Deswegen kommt anders als in Menzenschwand auch kein Transport des Erzes über größere Entfernungen in Frage. Es müßte vor Ort in einer speziell dafür zu errichtenden chemischen Fabrik aufbereitet werden.

In Sorge um ihre Thermalquellen verbot die Stadt Baden-Baden der Betreiberfirma Saarberg Interplan Uran in der Folgezeit jegliches Betreten städtischen Grund und Bodens. In dem folgenden Rechtsstreit unterlag die Stadt 1985 vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

Mittlerweile hat die Bergbaufirma jedoch offenbar wegen der sinkenden Uranpreise auf dem Weltmarkt das Interesse an dem Vorkommen verloren und alle Arbeiten eingestellt.

● Mähring und Poppenreuth

Nahe der tschechischen Grenze in Nordost-Bayern hat die Gewerkschaft Brunhilde bei Mähring und bei Poppenreuth (Kreis Tirschenreuth) zwei Uranvorkommen ausgebeutet. Die Arbeiten sind jedoch bei den derzeitigen Uranpreisen unwirtschaftlich und ruhen zur Zeit.

In Mähring unternimmt man noch Versuche mit einer Haldenlaugungsanlage, die das Uran auch noch aus solchen Erzen herauslösen soll, die früher als minderwertig auf Halden geschüttet wurden.

● Großschloppen

Im Fichtelgebirge wurde in Großschloppen (Gemeinde Kirchenlamitz) ein Uranvorkommen entdeckt. Es wurde zunächst von der Esso Erz mit Bohrungen erkundet, 1980 wurde dann ein Stollen angelegt. Später wurden die Arbeiten von der Saarberg Interplan Uran weitergeführt. Bei einem Urangehalt von 1 % im Erz wurden Uranvorräte von 1500 t nachgewiesen. Das bei der Erkundung anfallende Erz wird in der Nähe von Marienbad in der Tschechoslowakei aufbereitet.

Nachdem 1988 die französische Firma COGEMA die Mehrheit an der Saarberg Interplan Uran erworben hatte, kündigte sie die Schließung des Bergwerks für 1989 wegen Unrentabilität

an. Dann wird Menzenschwand das einzige Uranbergwerk in der Bundesrepublik sein, das in Betrieb bleibt.

Uranabbau international

Da der Uranabbau in der Bundesrepublik nur vergleichsweise bescheidene Ausmaße hat und nur zu maximal 2 % den eigenen Bedarf deckt, folgt hier noch ein kurzer Blick auf die großen Uranabbauländer in Europa und in Übersee.

• DDR

Eine ganz andere Bedeutung als in der Bundesrepublik hat der Uranabbau in der DDR erlangt. Dort werden seit Ende des Zweiten Weltkriegs ganze Landstriche im Süden der DDR (Raum Gera und am Rand des Erzgebirges) aufgewühlt. In den ersten Nachkriegsjahren waren dort über 200 000 Menschen beschäftigt, die dort unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen das Uran abbauten - zunächst ausschließlich für die Sowjetunion. Erst später hat die UdSSR Uranvorkommen auf ihrem eigenen Gebiet erschlossen.

Heute sind offensichtlich noch ca. 40 000 Beschäftigte im Uranabbau tätig und produzieren jährlich 2000 t Uran.

In den Uranabbaugebieten, deren Erscheinungsbild von den riesigen strahlenden Abraum- und Rückstandshalden geprägt wird, leiden viele Menschen an den gesundheitlichen Folgen der Strahlenbelastung, z.B. Leukämie, Haarausfall, Fehlgeburten und angeborene geistige und körperliche Behinderungen. Einen eindringlichen Bericht darüber gibt eine 1988 erschienene Studie von DDR-Umweltschützern: M.Beletes "Pechblende - Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen", zu beziehen als epd-Dokumentation Nr.40/88 von: GEP-Vertrieb, Postfach 170361, D-6000 Frankfurt am Main 1.

• Frankreich

Der mit Abstand größte Uranproduzent in West-Europa ist Frankreich. Es produziert jährlich ca. 3000 t Uran, etwa die Hälfte seines Bedarfs. Es gibt 34 Uranbergwerke, vorwiegend nordwestlich vom Zentralmassiv im Raum von Limoges, aber auch in anderen Teilen Frankreichs. Sechs Aufbereitungsanlagen lösen das

Uran aus dem Erz heraus. Betreiber sind in den meisten Fällen staatliche Firmen wie die COGEMA. Wegen des Überangebots an billigem Uran auf dem Weltmarkt kündigt die COGEMA Ende 1988 die Entlassung von 320 Uranarbeitern an.

• Übersee

Der größte Teil des in Westeuropa benötigten Urans wird aus Ländern wie Kanada, Australien und Namibia importiert. Die USA decken einen Teil ihres Uranbedarfs im eigenen Land. In den meisten Fällen findet der Uranabbau in Übersee auf dem Land von Ureinwohnern statt, gegen deren Willen. Als Anwohner tragen sie zudem das höchste Strahlenrisiko (siehe dazu auch das Faltblatt Nr.5 aus dieser Serie: "Uranabbau-Halden: Die unterschätzte Gefahr"). Mit dem Erscheinen der Bergwerksgesellschaften wird regelmäßig die traditionelle Lebensweise der betroffenen Ureinwohner zerstört, ihre ganzen sozialen Strukturen zerfallen und sie werden zu Wohlfahrtsempfängern.

Am Uranabbau in Übersee sind europäische Firmen direkt beteiligt, oft sogar federführend. So ist die deutsche Uranerzbergbau GmbH (Bonn) an Uranbergwerken in Kanada beteiligt. Daneben ist sie auch in den USA und Australien tätig. Die Uranengesellschaft mbH (Frankfurt) ist an Uranbergwerken in Afrika und Australien beteiligt und schickt sich nun auch noch an, in den kanadischen Northwest-Territories bei Baker Lake ein neu entdecktes Uranvorkommen im Permafrost-Gebiet zu erschließen. Die Leidtragenden werden in diesem Fall die Inuit (Eskimos) sein. Auch die oben schon genannte Saarberg Interplan Uran GmbH, die nun mehrheitlich der französischen Staatsfirma COGEMA gehört, ist in USA, Kanada, Australien und Afrika tätig.